

Hamburg braucht wieder ein echtes Sozialticket!

Petitum:

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Hamburg hat zur Weiterleitung an den Landesparteitag der SPD Hamburg und die Bürgerschaftsfraktion der SPD beschlossen, dass die Sozialbehörde Gelder zur Verfügung stellt, um in Zusammenarbeit mit dem HVV ein Sozialticket zu schaffen, welches den Inhabern einer Sozialkarte nicht mehr als den dafür vorgesehenen Regelbedarf für den Bereich Mobilität kostet.



Begründung:

Mobilität ist wichtig. Nicht nur für die Gesellschaft, sondern auch für jeden einzelnen Menschen, um an eben diesem gesellschaftlichen Leben teilzunehmen. Gerade für Menschen, die sich in einer schwierigen Lebenssituation befinden und beispielsweise eine Arbeitsanstellung oder eine Wohnung suchen, ist Mobilität existenziell. Wer zudem regelmäßig zu den verschiedensten Ämtern muss, um dort Leistungen zu beantragen, gehört oftmals zu jenen Menschen, die mit wenig Geld auskommen müssen und deswegen auf öffentliche Verkehrsmittel angewiesen sind. Bis 2003 gab es deswegen in Hamburg das Sozialticket, welches Sozialhilfeempfängern ermöglichte, für 15,50 € Bus und Bahn zu fahren. 13,25 € wurde von der Sozialbehörde als Ausgleich an den HVV gezahlt. Bereits damals forderten die Jusos Hamburg die Regierung aus CDU/FDP/Schill-Partei auf, diese Streichung aus dem Jahre 2003 zurückzunehmen.

Mittlerweile können Hamburger, die Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch II (Arbeitslosengeld II oder Sozialgeld), Sozialhilfe nach dem 3. Kapitel des Sozialgesetzbuches XII, Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach dem 4. Kapitel des Sozialgesetzbuches XII oder Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz erhalten oder zu einer Bedarfsgemeinschaft gehören, die eine der genannten Sozialleistungen erhält, eine Sozialkarte beantragen, womit deren Besitzer 19€ weniger auf Zeitkarten des HVV zahlen. Während dies als große Errungenschaft des Sozialstaats angepriesen wird, sieht die Realität anders aus: Hartz-IV-Empfänger beispielsweise erhalten derzeit 24€ im Monat (der Beitrag soll 2014 auf 24,60€ angehoben werden) für Bus- und Bahnfahrkarten, eine Monatskarte für den Großbereich, die zeitlich nicht begrenzt ist, kostet mind. 81,90€ (mit Sozialrabatt 62,90€). Eine CC-Karte, die u.a. morgens nicht gilt, weswegen für Behördengänge in der Regel zusätzliche Einzelfahrkarten erworben werden müssten, kostet mind. 47,30€ (mit Sozialrabatt 28,30€).

Nicht nur, dass dies horrenden Preise und für einen Hilfsleistungsempfänger unzumutbar sind, die derzeitige Situation treibt eben jene Menschen oftmals zum „Schwarzfahren“. Werden Personen wegen wiederholten Fahrens ohne Ticket zu einer „Ersatzfreiheitsstafe“ verurteilt, kostet ein Hafttag den Steuerzahler über 150€. Das waren 2009 519 Menschen.¹

¹ Auf eine Anfrage von Hinz & Kunzt antwortete die Justizbehörde, dass aktuellere Zahlen nur mit sehr hohem Aufwand zu ermitteln wären, weswegen keine aktuelleren Zahlen vorliegen.



46 Eine sozialdemokratisch geführte Stadt sollte die Möglichkeit nutzen ein „echtes“
47 Sozialticket wieder einzuführen, um auch den Menschen mit wenig Geld die Möglichkeit
48 zu geben, aktiv am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen. Da Mobilität unerlässlich ist,
49 darf ein Sozialticket nicht mehr kosten als der Regelbedarf einem
50 Sozialleistungsempfänger dafür zur Verfügung stellt.